

## 1.2 Zusammenfassung

Im Jahr 2011 umfasst die Europa 2020-Sozialzielgruppe 1,4 Millionen Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete in Österreich. Davon sind 1,05 Millionen Menschen armutsgefährdet. Der Schwellenwert für Armutsgefährdung liegt bei 1.066 Euro verfügbares Haushaltseinkommen pro Monat für Alleinlebende (Jahreswert mal 12 bzw. 914 Euro mal 14) plus 320 Euro pro Monat (bzw. 274 mal 14) für jedes Kind und 533 Euro pro Monat (bzw. 456 mal 14) für jeden weiteren Erwachsenen. Die Sozialzielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete schließt zusätzlich 350.000 Personen mit Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle ein. Sie sind erheblich materiell depriviert oder leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.

### 1,4 Millionen Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete in Österreich

Die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten wird in EU-SILC 2011 insgesamt um 34.000 Personen höher geschätzt als im Vorjahr, eine Veränderung, die innerhalb der statistischen Zufallsschwankung liegt. Verglichen mit 2008, dem Basisjahr der Europa 2020-Strategie, konnte die Zahl der insgesamt Ausgrenzungsgefährdeten dennoch bedeutsam, nämlich um 125.000, reduziert werden. Betrachtet man die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im gesamten EU-SILC Zeitverlauf von 2004 bis 2011, so zeigen sich Zahl und Quote der Ausgrenzungsgefährdung relativ unverändert.

### 28% der Ausgrenzungsgefährdeten in mehrfachen Benachteiligungen

Verglichen mit dem Jahr 2004 haben sich jedoch die Überschneidungen in den Problembereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten verändert: So ist die Gruppe jener Personen, die von mindestens zwei der drei Problembereichen – Armutsgefährdung,

erhebliche materielle Deprivation und Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität – betroffen sind, seit 2004 um 106.000 auf 388.000 Personen gewachsen. Ihr Anteil unter den Ausgrenzungsgefährdeten stieg somit von 19% auf 28%. Verglichen mit dem Basisjahr der Europa 2020-Strategie, 2008, blieben die Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten in ihrer Größe aber relativ unverändert und machen weiterhin 5% der Gesamtbevölkerung aus. Der Lebensstandard dieses Personenkreises ist im Vergleich zu dem nicht ausgrenzungsgefährdeten Teil der Bevölkerung als äußerst prekär einzustufen: 43% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten haben ein Einkommen unter der bedarfsorientierten Mindestsicherung (9.035 Euro jährlich) zur Verfügung, 70% sind per nationaler Definition finanziell depriviert, 23% mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt, und 20% wohnen in einer Umgebung, die von mindestens zwei der drei Belastungen Lärm, Umweltverschmutzung und/oder Kriminalität geprägt ist. Hinsichtlich der Wohnausstattung ist die Wohnqualität jedoch bei nur 10% als prekär einzustufen.

### Haushaltseinkommen steigen unterschiedlich stark

Das mittlere äquivalisierte Haushaltseinkommen beträgt 2011 21.319 Euro jährlich. Damit hat ein Einpersonenhaushalt mit mittlerem Lebensstandard im Median ein um 3,4% höheres Einkommen zur Verfügung als im Vorjahr. Im Mittel sind die Haushaltseinkommen demnach stärker gestiegen als die Inflation. Jedoch fällt der Anstieg für die verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich stark aus: Während der Median des äquivalisierten Haushaltseinkommens der unteren 30% der Einkommensbeziehenden einen unterdurchschnittlichen Anstieg um 1,3% erfuhr und die obersten 15% der Einkommensbeziehenden in ihrem Medianeinkommen nahezu konstant (-0,5%) blieben, stieg der Median des Haushaltseinkommens für die

Einkommensgruppe des 30 bis 85 Perzentils – die mittleren Einkommen – gegenüber dem Vorjahr um 4,1%.

### **Einkommenssituation der Ausgrenzungsgefährdeten verbessert sich nur schwach**

Der ungleich starke Anstieg der Einkommen hat zur Folge, dass sich der Unterschied in der Einkommenssituation der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten und jener des restlichen Teils der Bevölkerung vergrößert. Dies wird erstens anhand des nationalen Indikators Kaufkraft, bei dem das äquivalisierte Haushaltseinkommen um die Inflation preisbereinigt wird, deutlich: Während die Kaufkraft der Ausgrenzungsgefährdeten im Vergleich zu 2008 um nur 1,3% stieg, ist der Anstieg der Kaufkraft der Gesamtbevölkerung um 6,2% ungleich höher ausgefallen. Zweitens kommt die Einkommensungleichheit auch in der Armutsgefährdungslücke, die sich auf das mittlere Einkommen der Armutsgefährdeten bezieht, zum Ausdruck. Die Armutsgefährdungslücke ist seit 2008 von 15% auf 19% angestiegen. Demnach liegt 2011 das jährliche Haushaltseinkommen der Armutsgefährdeten im Mittel 2.429 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle. In Summe bedürfte es 2,6 Mrd. Euro, um das Einkommen aller armutsgefährdeten Personen über die Armutsgefährdungsschwelle zu heben, das entspricht 0,86% des Bruttoinlandsprodukts.

### **Sinkende Erwerbsbeteiligung der Ausgrenzungsgefährdeten**

Wie auch im Vorjahr bleibt der Anteil an Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität auf dem Niveau von 2008: 8% bzw. 519.000 der in Österreich lebenden Menschen befinden sich in solchen Haushalten. Ihr Anteil an den Ausgrenzungsgefährdeten unter 60 Jahren stieg jedoch im selben Zeitraum von 41% auf 47% (bzw. bezogen auf die Gesamtgruppe der Ausgrenzungsgefährdeten von 33% auf 37%) an. Dieser Personenkreis ist besonders

von Armut gefährdet, da sein Einkommen nahezu gänzlich von der Höhe der erhaltenen Sozialleistungen abhängt: Während ohne Sozialleistungen in dieser Gruppe 96% armutsgefährdet wären, sind es mit Sozialleistungen deutlich weniger, wenngleich immer noch mehr als die Hälfte (54%). Diese Gruppe der von Armutsgefährdung Betroffenen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsbeteiligung wuchs in den vergangenen Jahren stetig – wenngleich von Jahr zu Jahr schwach – an und erreicht 2011 den historischen Höchstwert von 281.000 Personen.

Während insgesamt also der Anteil an Personen in Haushalten, deren Haushaltsmitglieder in Summe weniger als 20% der potenziellen Erwerbsintensität des Haushalts erwerbstätig sind, über die Jahre konstant bleibt, zeichnet sich für die Ausgrenzungsgefährdeten ein Rückgang der Erwerbsbeteiligung auf individueller Ebene ab. Dies wird im nationalen Indikator Arbeitsmarktfernenquote sichtbar: Während sich die Arbeitsmarktfernenquote für die Gesamtbevölkerung im Vergleich zu 2008 kaum verändert hat, ist sie für die Ausgrenzungsgefährdeten von 48,2% auf 56,6% gestiegen.

### **Mehr Arbeitseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle bei gleichbleibender Zahl armutsgefährdeter Erwerbstätiger**

Im selben Zeitraum (2008 bis 2011) wächst auch die Anzahl an Haushalten, deren Arbeitseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Davon sind im Jahr 2011 20% der gesamten Bevölkerung in Erwerbshaushalten und 88% der Ausgrenzungsgefährdeten in Erwerbshaushalten betroffen.

Wird nicht nur das Einkommen aus Erwerbstätigkeit, sondern das gesamte Haushaltseinkommen inklusive staatlicher und privater Transferleistungen betrachtet, bleibt die Gruppengröße armutsgefährdeter Erwerbstätiger im Zeitraum von 2008 bis 2011 relativ

unverändert: 5,4% aller regelmäßig Erwerbstätigen haben 2011 ein Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Die Zahl dieser „Working Poor“ beträgt 198.000 Personen. Zählt man Angehörige dazu, leben 471.000 Personen in Haushalten, die mindestens ein erwerbstätiges Mitglied haben und armutsgefährdet sind.

Ein Anstieg der Armutsgefährdung aus Arbeitseinkommen bei gleichzeitig konstanter Zahl armutsgefährdeter Erwerbstätiger bei Berücksichtigung des gesamten Haushaltseinkommens lässt sich dadurch erklären, dass Transferleistungen für die Reduktion der Armutsgefährdung von Erwerbstätigen an Bedeutung zunehmen. So führten Sozialleistungen und Pensionen im Jahr 2008 noch zu einer Reduktion der Armutsgefährdungsquote der Erwerbstätigen um 63,2%, während sie 2011 die Armutsgefährdungsquote um 70,1% reduzierten.

#### **Fortgesetzte Entspannung in der Leistbarkeit von Grundbedürfnissen**

Hinsichtlich der Einkommenssituation und der Erwerbsbeteiligung spitzt sich die Lage der Ausgrenzungsgefährdeten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zu. Sie entspannt sich aber hinsichtlich der Leistbarkeit von Grundbedürfnissen. So leben 2011 wieder etwas weniger Menschen in deprivierten Haushalten als im Jahr zuvor und deutlich weniger als noch 2008. Zu diesem Ergebnis kommen sowohl der EU-Indikator für erhebliche materielle Deprivation, demzufolge sich die Gruppe von 6,4% auf 3,9% verringerte, als auch der österreichische Indikator für finanzielle Deprivation, demzufolge sich die Gruppe von 20,1% auf 15,0% verringerte.

#### **Rückgang der manifesten Armut und verfestigten Deprivation**

Auch der Personenkreis jener Menschen, die gleichzeitig von monetärer Armutsgefährdung und finanzieller

Deprivation (nationale Definition) betroffen sind, der sogenannten manifesten Armut, ist 2011 rückläufig. Der bedeutsame Rückgang um 80.000 Personen verglichen mit dem Vorjahr führt dazu, dass das Niveau der manifesten Armut erstmals wieder unter jenes von 2008 sinkt: 2011 betrifft manifeste Armut 5,2% der Bevölkerung, d.h. 431.000 Personen. Auch der Kreis jener Menschen, die seit mindestens zwei Jahren mit finanzieller Deprivation konfrontiert sind, wie es im nationalen Indikator verfestigte Deprivation zum Ausdruck kommt, verringert sich wie bereits im Jahr zuvor auch 2011 weiter. 9,7% der in Österreich lebenden Personen, 781.000 Menschen, sind aus finanziellen Gründen in der Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse in den letzten beiden Jahren erheblich eingeschränkt.

#### **Steigende Wohnqualität und Bildungsbeteiligung der Ausgrenzungsgefährdeten**

Wohnen wird besser, aber auch teurer. Dies gilt sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch für die Ausgrenzungsgefährdeten: Wenngleich die Wohnüberbelagsquote mit 11,7% (gesamt: 5,3%) und die Quote für prekäre Wohnungsqualität mit 5,4% (gesamt: 2,8%) für die Ausgrenzungsgefährdeten noch immer doppelt so hoch sind wie für die Gesamtbevölkerung, verzeichnen sie in den letzten Jahren einen stärkeren Rückgang als insgesamt. Auch die Mehrfachbelastung in der Wohnumgebung ist 2011 erstmals wieder zurückgegangen, in etwa auf das Niveau von 2008 (13,1%). Demgegenüber stehen jedoch steigende Wohnkosten. Der Anteil der Personen, deren Wohnungsaufwand ein Viertel des jährlich verfügbaren Haushaltseinkommens übersteigt, befindet sich 2011 auf einem historischen Höchstwert. Insbesondere für die Gruppe der Ausgrenzungsgefährdeten ist er im Vergleich zu 2008 sehr stark gestiegen (von 43,2% auf 53,7%).

Auch die non-formale und informelle Bildungsbeteiligung ist seit 2008 im Steigen begriffen, für die

Ausgrenzungsgefährdeten sogar stärker als für die Gesamtbevölkerung. Inzwischen beteiligen sich 30% der Ausgrenzungsgefährdeten an Bildungsaktivitäten (gesamt: 38%).

### **Soziodemographische Risikogruppen**

17% aller in Österreich lebenden Personen sind von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen. Bei der Gesamtbetrachtung der Indikatoren zur Europa 2020-Strategie zeichnen sich bestimmte soziodemographische Gruppen mit erhöhtem Ausgrenzungsgefährdungsrisiko ab. Kinder unter 16 Jahren sind mit einer Ausgrenzungsgefährdungsquote von 20% überdurchschnittlich stark betroffen. Auch Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen, die überwiegend auf Ungleichheit in höherem Alter zurückzuführen sind: So haben Frauen ab 65 Jahren ein Ausgrenzungsgefährdungsrisiko von 21%, während das Risiko von Männern in dieser Altersgruppe 12% beträgt. Des Weiteren weisen Personen, die über maximal einen Pflichtschulabschluss verfügen, und Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft

deutlich erhöhte Ausgrenzungsgefährdungsrisiken (27% bzw. 34%) auf.

In Haushalten ohne Pension gilt: Unabhängig vom Geschlecht sind alleinlebende Menschen deutlich stärker von Ausgrenzungsgefährdung betroffen als der Durchschnitt. In Haushalten mit Pension bestehen bei den Alleinlebenden jedoch starke Geschlechterunterschiede: 16% der alleinlebenden Männer mit Pensionsbezug sind ausgrenzungsgefährdet, während es bei den pensionsbeziehenden alleinlebenden Frauen 32% sind.

Des Weiteren zeigt die Kinderanzahl in Mehrpersonenhaushalten keinen linearen Zusammenhang mit Ausgrenzungsgefährdung: Mehrpersonenhaushalte ohne Kind, mit einem Kind und mit zwei Kindern haben durchwegs unterdurchschnittliche Gefährdungsrisiken; in einigen Indikatoren sind Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind sogar weniger stark gefährdet als Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder. Ein deutlich erhöhtes Risiko haben jedoch Alleinerziehende (36%) und Mehrpersonenhaushalte mit drei oder mehr Kindern (29%).